

Australien plant Sozialen Medien-Stopp für Jugendliche: Ein Schutz oder Übergriff?

Australien plant ein Social-Media-Verbot für Jugendliche unter 16 Jahren, um sie vor Risiken und schädlichen Inhalten zu schützen.



Aalen, Deutschland - Australien plant einen radikalen Schritt im Kampf um den Schutz junger Menschen im Internet: Die Nutzung sozialer Netzwerke für alle unter 16 Jahren könnte verboten werden. Dies ist Teil eines umfassenden Gesetzesentwurfs, der darauf abzielt, Kinder und Jugendliche besser vor den Gefahren von Plattformen wie Instagram, TikTok und Snapchat zu schützen. Das geplante Gesetz sieht vor, dass nicht die Nutzer oder deren Eltern bestraft werden, sondern die Betreiber der Plattformen selbst für die Einhaltung des Altersverbots verantwortlich sind. Hohe Geldstrafen sollen die Unternehmen dazu zwingen, ihre Sicherheitsvorkehrungen

erheblich zu verbessern, wie die **Schwäbische Post** berichtet.

Gefahren der sozialen Medien und deren Einfluss

Die Diskussion über Jugend- und soziale Medien ist nicht neu, denn soziale Netzwerke stellen für junge Menschen nicht nur eine Möglichkeit zur Interaktion dar, sondern auch zahlreiche Risiken. Laut der aktuellen JIM-Studie nutzen 95 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 15 Jahren täglich das Internet, und Plattformen wie Instagram und TikTok stehen hoch im Kurs. Diese Netzwerke bieten einerseits kreative Entfaltung, sind aber auch Schauplätze für Cybermobbing, gefährliche Herausforderungen und manipulative Werbung, die sich auf die Identitätsbildung der Jugend auswirken. Laut der **Bundeszentrale für politische Bildung** sind auch Themen wie Cybermobbing und riskante ‚Challenges‘ auf TikTok weit verbreitet und stellen eine deutliche Gefahr dar.

Der geplante australische Gesetzesentwurf könnte weitreichende Folgen haben, insbesondere im Hinblick auf die Altersverifikation, die aktuell noch unklar bleibt. Es werden Methoden wie Ausweisdokumente oder biometrische Verfahren diskutiert, jedoch gibt es Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes. Auch Menschenrechtsorganisationen äußern Kritik und warnen vor einem möglichen Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention, die neben dem Schutz vor Gefahren auch den Zugang zu Informationen und die freie Meinungsäußerung garantiert.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Aalen, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• nag-news.de• www.schwaebische-post.de• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at